

Das Desaster ist bereits abzusehen

Infrastrukturprojekt in Frankfurt: „Fernbahntunnel begrüßt“, FR-Regional vom 21. Januar

Wer garantiert, dass die Pläne eingehalten werden?

Jeder weiß es natürlich: Es gibt keine Großprojekte der öffentlichen Hand, bei denen der Zeit- und Kostenrahmen eingehalten wurde. Beispiele in jüngster Zeit gibt es zur Genüge. Da werden die Kosten absichtlich kleingerechnet, damit das Projekt genehmigt wird und man mit Planung und Bau beginnen kann. Wenn dann genügend Geld versenkt wurde, lässt es sich auch nicht mehr stoppen, dann muss zu Ende gebaut werden, egal ob es sinnvoll ist oder nicht. Wir haben es beim Hauptstadt-Flughafen Berlin-Brandenburg gesehen und noch besser vergleichbar bei Stuttgart 21, ebenfalls ein Fernbahntunnel unter der Stadt, der gegen den erbitterten Widerstand eines Teils der Bevölkerung durchgesetzt wurde.

Seit 1985 (seit 35 Jahren!) wurde geplant. Die Kosten wurden anfangs auf 4,893 Mrd. DM geschätzt, rund 2,5 Mrd. Euro. 2006 steigen die Kosten schon auf 2,8 Mrd. Euro. Dennoch wird 2010 mit dem Bau begonnen. 2016 schätzt der Bundesrechnungshof die Kosten auf voraussichtlich rund zehn Mrd. Euro. Verantwortlich und haftbar für das Desaster ist natürlich niemand. Inzwischen wurde der Eröffnungstermin auf das Jahr 2025 verschoben. Die Kosten haben sich bisher vervierfacht, und bis heute fährt kein Zug.

Ein derartiges Desaster ist auch für ein gleichartiges Pro-

jekt in Frankfurt abzusehen. Heute heißt es: Der Tunnel soll rund 3,5 Mrd. Euro kosten und könnte 2036 fertig sein. Wirklich? Wer möchte garantieren, dass hier der Zeit- und Kostenrahmen eingehalten wird und wir nicht Jahrzehnte mit einer offenen Großbaustelle durch die gesamte Innenstadt leben müssen, mit unkalkulierbaren finanziellen Risiken? Es sollten Alternativen zum Fernbahntunnel geprüft werden.

Sigrid Weber, Frankfurt

Es gab schon mal Konzepte für „Frankfurt 21“

Bahntunnel in Frankfurt weckt Hoffnungen? Bei mir weckt er eher Befürchtungen. Das hatten wir doch alles schon mal. In den 1980er und 1990er Jahren ist schon mal diskutiert worden, den Hauptbahnhof zum Durchgangsbahnhof umzubauen. Das Konzept „Frankfurt 21“ wurde 2001 glücklicherweise ad acta gelegt. Aber dann wurde 2018 die Idee des Fernbahntunnels wiederbelebt und in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen. Für Stuttgart 21 geht man inzwischen von zehn Milliarden Euro aus.

Welchen Nutzen soll der Fernbahntunnel in Frankfurt bringen? Die Reisezeit soll sich verkürzen, je nach Strecke zwischen eineinhalb Minuten bis zu elf Minuten. Das mag für diejenigen gelten, die bereits im Zug sitzen und weiterfahren. Für die Fahrgäste, die in Frankfurt ein-

oder aussteigen, dürfte die Zeitersparnis durch die Reise in den tiefen Keller oder aus ihm heraus gegen Null gehen oder gar zunehmen.

Was soll das überhaupt? Hat nicht gerade die Corona-Epidemie gezeigt, dass es durchaus auch weniger hektisch geht und dass dies nicht einmal eine Verschlechterung der Lebensqualität bedeutet? Spielen diese wenigen Minuten bei der notorischen Verspätung der Deutschen Bahn eine Rolle? Wäre es nicht sinnvoller, die Milliarden dafür zu verwenden, dass Züge pünktlicher werden? Und ist Reisen vielleicht sowieso nicht ein bisschen mehr, als nur möglichst schnell von A nach B zu kommen? Vor gut 30 Jahren, als diese Pläne schon einmal virulent waren, hieß es in einer Veröffentlichung der Bundesbahndirektion Frankfurt am Main (!) ganz unaufgeregt, ob es vorstellbar sei, dass diese Kopfstation zu einer Durchgangsstation werde? Was dieser Bahnhof schon immer gewesen sei, ein Ankommen- und Abfahrtsbahnhof, solle zu einer Zwischenstation degradiert werden? Es wäre schade, denn das Gefühl des Ankommens in dieser Stadt verkörpere dieser Bahnhof mit seinen den Reisenden empfangenden Hallen. Hier komme man wirklich noch an. Der Zug ende hier – am Prellbock. Bleibt zu hoffen, dass bei der Bahn auch heute wieder Vernunft einkehrt und ein weiteres Tunnelfiasco verhindert wird.

Udo Fedderies, Frankfurt

Was für eine politische Schlamperei!

Kommunalwahl: „Software für Hessenwahl fehlerhaft“, FR-Regional vom 27. Januar

Was da zu lesen steht, kann ich nur kommentieren mit: „Das darf doch nicht wahr sein!“ Seit acht Jahren bin ich im Ruhestand, davor arbeitete ich in der IT-Firmenlogistik. Damals schon wurde zu jedem elektronisch bearbeiteten Rechnungsbeleg (Invoice) ein reversionssicheres Zertifikat durch eine staatlich zertifizierte Firma verlangt. Und dann lese ich diese politische Schlamperei!

Gerade diejenigen, die ihr politisch unermüdliches Mundwerk nicht stillstehen lassen, wenn sie „Digitalisierung“ rufen können, zeigen sich meilenweit entfernt vom Hier und Heute. Ich muss mutmaßen, dass man sich in internen Zirkeln irgendein Bastelsystem hat aufschwätzen lassen, ohne die Risiken beurteilen zu können. Wir haben in Deutschland weltweit tätige

Software-Unternehmen, die schon vor acht Jahren die Mängel, die jetzt in der Wahl-Software ermittelt wurden, in ihrer Datenbehandlung vermieden haben, weil eben das Finanzamt schon damals Zertifizierung und Revisionsicherheit durchgesetzt hatte.

Guten morgen liebe Politik, wünsche gut geschlafen zu haben! Carsten Dietrich Brink, Gauting

Hallelujah statt Aufklärung, wir machen eine Rolle rückwärts

Offenbach: „Orte des Glaubens erlebbar machen“, FR-Regional vom 23. Januar

Die Vermittlung von Bildung für unsere Kinder ist eine wichtige Sache, man kann damit nicht früh genug beginnen. Dazu gibt es staatliche Institutionen und Strukturen, die dafür sorgen sollen, dass diese Aufgabe gewissenhaft unter Wahrung gesellschaftlicher Übereinkünfte und Richtlinien erfolgt. Aber was soll man davon halten, dass jetzt in Offenbach ein neues Buch eben an jenen Kontrollinstanzen vorbei in die Grundschulen geschleust werden soll unter dem vielsagenden Titel „Orte des Glaubens – Grundschulen im interreligiösen Dialog“? Da sind drei führende

Weltanschauungsorganisationen mit- und untereinander (nicht etwa mit den Kindern) im Dialog, die einen stetig schrumpfenden bekenntnisgebundenen Bevölkerungsanteil von inzwischen unter zwei Dritteln repräsentieren, von dem sich nach aktuellen Umfragen nur noch ein Anteil von weit unter 50 Prozent (je nach befragter Altersgruppe) mit den dort vermittelten Inhalten identifiziert. Inhalte, die sich seit hundert Jahren nicht mehr substanziell verändert haben und an denen Aufklärung und Wissenschaft nahezu spurlos vorübergegangen sind.

Und dieses Buch, das selbstverständlich nicht auf Ausgewogenheit und Information auch über alle anderen Formen von Weltanschauung und Welterklärung angelegt ist, wird nun als „Beitrag zur kulturellen Bildung“ angepriesen und soll „interreligiöse Kenntnisse und Kompetenzen fördern“. Klar, dass dieser billige, durchschaubare Marketing-Coup eines vom Aussterben bedrohten Unternehmenszweigs von den zuständigen staatlichen Gremien wie der Schulbuchkommission und den kulturellen Trägern der Stadt entschieden zurückgewiesen und auch seitens der Schuldirektor:in-

nen und Kulturverantwortlichen für die Klassenzimmer selbstverständlich nicht zugelassen wird. Wie bitte? Das Gegenteil ist der Fall? Dieses einseitige Pamphlet wird sogar bezuschusst? Und mit dem Segen durch ehemalige und gegenwärtige Bürgermeister öffentlich angepriesen? Na prost Mahlzeit! Willkommen in der Rolle rückwärts. Halleluja statt Aufklärung. Kein Wunder, dass die zuständigen religiösen Gemeinden diese Idee „toll finden“. Ich finde sie gesellschaftlich eine Zumutung, politisch ein Armutszeugnis und persönlich eine Frechheit.

Helge Nyncke, Mühlheim a.M.

Das schreit zum Himmel

E. Keleta: „Verwechslung mit Folgen“, FR-Regional vom 19. Januar

Dieser Bericht hat mich sehr verärgert. Die Art, wie mit Menschen mit Fluchthintergrund umgegangen wird, habe ich oft in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit mit Flüchtlingen erlebt. Es schreit zum Himmel, wie sich Innenminister Peter Beuth (CDU) verhält. Ich empfinde es arrogant und unfähig, nicht auf eine Anfrage der FR zu reagieren, und wünsche Herrn Keleta, dass er trotz aller Widrigkeiten weiter an sich glaubt. Hans-Peter Engel, Frankfurt

Ohne Einhausung

Wohnungsbau: „Leben an der Autobahn“, FR-Regional vom 23.1.

Fast 1000 neue Wohnungen in Frankfurts Herzen, davon ein Drittel im geförderten Wohnungsbau – zunächst eine sehr gute Nachricht. Auf den zweiten Blick fragt man sich: Sozialwohnungen als Autobahnlärmenschutz für die privilegierten Wohnungen im Kernbereich? Ohne Einhausung? Schul- und Kitabau nur geplant? Sollte nicht nach dem Baulandbeschluss auch das genossenschaftliche Wohnen eine Chance bekommen? Braucht man wirklich noch weitere Hotels? Reinhold Richter, Obertshausen



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/ff-20210201

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Wer den Nazis nicht passte

Zu: „Mindestens einmal in die Gedenkstätte“, FR-Regional vom 21.1.

Ihr Beitrag veranlasst mich, auf meine Zuschrift an die FR vom 29.3.2020 zurückzukommen (veröffentlicht am 9.4.2020, Anm.d.Red.). Es ist richtig, dass die Schüler die offiziellen Gedenkstätten besuchen sollen. Jedoch sind dies meist solche, die den Holocaust betreffen. Dabei gibt es noch eine Reihe anderer Orte, an denen der Nationalsozialismus seine Schandtaten verübte. Mein Onkel verstarb in Weilburg. Er wurde dort am 22. April 1944 eingeliefert und starb zwei Tage später an Altersschwäche. Nach meinem Wissen hatte er einen Schlaganfall, saß im Rollstuhl und gehörte somit zu den „unnützen Essern“. So wie ihm erging es vielen, die krank, behindert oder sonst nicht in das Idealbild der Nazis passten. Vielleicht sollte man bei der Behandlung dieses Themas darauf hinweisen, dass es nicht nur den Antisemitismus, Rassismus oder Antijudaismus betraf, sondern den Nachbarn oder einen Verwandten, der krank oder behindert war. Vielleicht verstehen die Schüler besser, wenn es sich auch um alltägliches Leben der Mitmenschen handelte, die den Herrschenden nicht passten.

Renate Paul, Frankfurt